

Wirtschaftlicher, unabhängiger vom Ausland, unbedingter für ihre Rechte. Für die Imperialisten bedeutet der gemeinsame Zusammenstoß zum Krieg gegen die Sowjetunion mit dem Ziel des Sturzes der proletarischen Diktatur und der Wiederherstellung des kahlen Teiles der Erdoberfläche in den kapitalistischen Ausbeutungsbereich im Hinblick auf die nachfolgenden Schwierigkeiten in ihren Ländern die letzte Möglichkeit, die zwischen den einzelnen imperialistischen Staaten sich ungeheuer verschärfenden Gegensätze vorübergehend abzumildern, die fatalen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, wenn auch nur auf eine Zeit, zu verringern. Die international verstärkte Bestrebungen gegen die Sowjetunion wird gerade darum verbunden mit einem verstärkten Terror gegen die kommunistische Weltbewegung in allen Ländern der Erde. Die Millionenarmee des Kommunismus und der von ihr geführten Arbeiter ist untrennbar verbunden mit den russischen Arbeitern und Bauern, und bis zum letzten entschlossen, die Sowjetunion, das Vaterland aller Proletarier, mit Leib und Leben zu verteidigen. Eben darum ist der verstärkte Terror gegen die kommunistische Bewegung in allen Ländern nur ein Teil der direkten Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gegen die Sowjetunion. Gerade hier ist der Sozialismus, das die Parteien der 2. Internationale die Kräfte der Verbündeten der imperialistischen Kriegskräfte.

In Deutschland, das immer mehr zum schändlichen Glied des Kapitalismus wird, zeigen sich alle diese Widersprüche besonders. Der deutsche Imperialismus hat sich auf der rechten Kontinenz eingeblickt in die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten gegen die Sowjetunion einseitig, und alle Taten der sozialfaschistischen Konterrevolution in der letzten Zeit, der Heberial auf die Ränder der Handelskammer, der perfide Anschlag auf die Berliner Gewerkschaft, der propagandistische Streik der Fabrikarbeiter und die Vorbereitungen um Verbot der kommunistischen Partei, beweisen die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, welche aber auch die immer unheilbarere wirtschaftliche und innerpolitische Situation des deutschen Kapitalismus. Die Massenverhaftungen, neue Massenverhaftungen und Verurteilungen, der radikale Abbau der Sozialpolitik, das alles sind nur Stappen der Durchführung des Kampflans, des Kampfes gegen die deutsche Arbeiterklasse. Der Nationalismus ruht auf allen Gebieten vor, der Sozialfaschismus, dessen Vertreter, von den Reichsministern angefangen bis zu den Parteipräsidenten und den Tausenden von Beamtenstellen, den Staatsapparat gegen das revolutionäre Proletariat handhaben, bewachen mit allen Mitteln die faschistische Diktatur vor. Die Sozialfaschisten sind die unerlässlichen Bundesgenossen des Kapitals bei der Wiederherstellung des in höchstem Maße zerschmetterten Arbeiterhaars.

Aber die Arbeiterklasse geht unermüdet immer weiter zum Angriff über. Die Millionenarmee der Gewerkschaften marschiert im ganzen Lande in revolutionären Massen demonstrationen auf, die überall dort, wo die Polizei mit blutigem Terror gegen sie vorgeht, zum aktiven Widerstand übergeht. Die Arbeiter in den Fabriken organisieren im direkten Kampf gegen den Terror von Unternehmern, Staatsapparat und Gewerkschaftsbürokratie revolutionäre Streiks um ihre wirtschaftlichen Forderungen, Streiks, die immer mehr zu politischen Auseinandersetzungen mit dem kapitalistischen System werden. Der Forderungsaufstand, den der sozialfaschistische Innenminister Grawert über das große deutsche Land verhängt hat, wird immer und immer wieder durchbrochen. Das Kampfbündnis der Arbeiter in den Fabriken mit den Gewerkschaften, die aktive Verteidigung der revolutionären Betriebsräte gegen die Maßnahmen der Unternehmer und Sozialfaschisten durch Selbsttätigkeit entwickelt die Kämpfe der Arbeiterklasse zu immer höheren Formen.

In Sachsen haben die Arbeiter eine besonders deutliche Verhärtung erreicht. Die Arbeiter in dem Land mit der größten Erwerbslosigkeit in Deutschland, die Hungerlöhne der sächsischen Textilarbeiter haben weit unter den Löhnen im übrigen Lande, Rationalen und Sozialfaschismus spielen hier ihre Rolle als Hülfstruppen des Kapitals mit besonderer Brutalität. Sozial- und Rationalfaschismus nähern sich in der gemeinsamen Durchführung ihrer Aufgabe für das Unternehmertum mehr und mehr. Die „linken“ Sozialfaschisten, diese gefährlichsten Feinde des Kommunismus und der revolutionären Arbeiterbewegung überhaupt sind durch die Unterstützung des Klassenkampfes immer mehr gewonnen. Ihre „linke“ Maske fallen zu lassen. Die Kriegspolitik der „linken“ SPD-Fraktion gegen die Sowjetunion, die Verleumdungskampagne gegen die kommunistische Partei und ihre Führung übertrifft bei weitem alle Verleumdungen der sozialfaschistischen Journale im übrigen Reich. Aber gerade diese verhärtete Decke reißt innerhalb der Sozialdemokratie die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter, die sich nach einem Reichsklassenkampf bewachen haben, gegen die Verratspolitik ihrer Führer immer stärker zeigen. Am 12. Februar haben die Arbeiter in Chemnitz, nachdem die „linken“ Führer der sächsischen Sozialdemokratie auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter ein neues Programm an den Tischen der demokratischen Arbeiter nach dem Siebenstundentag und der Fünftageswoche, und ein sogenanntes „Notprogramm“ hatten den sozialdemokratischen Arbeitern so etwas wie einen „Kampf“ ihrer Führer um die Tagesforderungen des Proletariats vorgehalten. Zur gleichen Zeit aber fordern die „linken“ die Durchführung dieser Forderungen von denselben Führern der Unternehmern Internationale, von der gleichen Reichsstaatsaktion der SPD. Die bisher schon den Kampf um den Achtstundentag tausendmal verloren haben, stimmen die „linken“ Reichsstaatsaktion geordnet allen Maßnahmen des Hungers- und Kriegskabinetts Hermann Müller an, halten die „linken“ Gewerkschaftsführer Sachsen die Verbände durch Massenaufläufe der revolutionären Gewerkschaftsopposition, geben „linke“ sozialfaschistische Betriebsräte in den sächsischen Großbetrieben ihre Zustimmung zur Wählerregelung roter Betriebsräte und der revolutionären Kandidaten für die bevorstehenden Betriebsratswahlen.

(Schluß folgt.)

Tardieu zurückgetreten

Wachsende Krise in Frankreich

Paris, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Die Regierung Tardieu ist nach einer Ablehnung in der Kammer über das Finanzprogramm des Finanzministers Cheron, bei der sie mit 281 gegen 286 Stimmen in die Minderheit geriet, zurückgetreten.

Der Sturz des Kabinetts Tardieu ist in erster Linie ein Ausdruck der augenblicklichen Zuspitzung der innerpolitischen Lage in Frankreich. Die französische Industrie befindet sich in einer Krise. Die Erwerbslosigkeit, die in den vergangenen Jahren in Frankreich bedeutungslos war, steigt sprunghaft. Im ganzen Lande ist eine außerordentliche Verschärfung des Klassenkampfes zu beobachten.

Die Streikwelle hat alle Industrien erfaßt. Die wachsende Steuerlast bei gleichzeitiger Herabsetzung der Bezahlungen hat einen Massensturm gegen die Regierung des notorischen Hochhählers und Verdrückers Tardieu entfacht. Unter den Sozialisten wächst die Empörung gegen die Gewalt des Militarismus. Rentieren sind an der Tagesordnung. Der Einfluß der kommunistischen Partei wächst trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen.

Dieser innerpolitische Bankrott der Regierung Tardieu wird noch komplizierter durch die schwierige außenpolitische Lage. In die Frankreich durch die allgemeine Verschärfung der imperialistischen Gegensätze hineingeraten ist. Der französische Imperialismus rückt zu einer wachsenden Kapital- und Exportoffensive am Weltmarkt. Dazu braucht er eine Regierung, die über eine sichere Mehrheit verfügt, und auf diese gestützt, die einen entscheidenden, durch keine Rücksichten gebremsten Kurs nach innen und außen durchzuführen kann.

Die Bourgeoisie diktiert:

Nun aber Schluß mit den Manövern!

Dresden, den 18. Februar 1930.

Die „Dresdner Nachrichten“ verließen im letzten Augenblick frampfhalt, aus der unangenehmen Situation in Sachsen herauszukommen und erklärten, daß die Beratungen des interfraktionellen Ausschusses am Montag abgebrochen wurden so man die beiden ersten nationalsozialistischen Forderungen“ abgelehnt hat. Der „Dresdner Anzeiger“ widmet den Nazis einen langen Text, dessen kurzer Sinn ist: Schluß mit den Manövern. Die Kommunisten haben die Führung und Reumutigen sind für die Bourgeoisie gefährlich.

Die parlamentarische Kritik in diesem Anzeigenartikel zeigt die ganze Hilflosigkeit der Bourgeoisie, die selbst die letzten Reste der Demokratie liquidieren muß. Den Nazis wird der Vorschlag abgelehnt und wie folgt die Verurteilung gelesen:

„Die Regierung kann sie (die „Bedingungen“ der Nazis) nicht annehmen und damit sich selbst beunruhigen. Helfen könnte nur noch das Einverständnis der Nationalsozialisten, daß sie sich in der Höhe des Augenblicks und in der Konkurrenz fürcht vor den Deutschnationalen zu weit vorgewagt haben. Dieses Einverständnis wieder wollen sie nicht machen...“

Der Anzeiger droht aber, wenn die Nazis nicht Unterbrechung machen, soll ihnen „in nicht missverständlicher Weise der Danks für das Töten dieser Tage“ abgelehnt werden, denn so heißt der Anzeiger:

„Herr Renner, der Anführer der Kommunisten, sieht schmunzelnd zu. Er kann sprechen sein: Seine Regie hat geklappt.“

Wir sind zufrieden. Die Regie der Kommunisten aber, und

das ist für die Arbeiter entscheidend, klappt deshalb gut, weil die SPD und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Arbeitermassen in den Betrieben und an den Stempelstellen zum Kampf gegen die kapitalistische Nationalisierung und den Hunger des Hunger-Alltags-Brot mobilisiert. Das ist der gewundene Punkt. Die nationalsozialistische Demagogie wird überall dort, wo die Klassenfront der Arbeiter gegen die Arbeiter konzentriert gestellt werden, ebenso wie die Manöver der „linken“ Sozialfaschisten wie Spreu vor dem Winde verfliegen. Die Arbeiter rücken zu den Betriebsräten voran und führen den Kampf um die Realisierung ihrer Tagesforderungen. Bei der Vorbereitung der roten Betriebsratswahlen durch revolutionäre Wahlaufläufe wird die Einheitsfront der Arbeiter und Betriebsräte geschlossen, die bereit ist, den Kampf gegen den Hungerkrieg der Bourgeoisie und ihrer Knechte zu organisieren. Alle Redensarten, die Arbeiter von diesem Kampf abhalten, prollen heute an den Erstrichtungen und dem daraus geborenen Kampfwillen der Massen ab. Die roten Betriebsräte in den sächsischen Betrieben, das Kampfbündnis der roten Betriebsräte und der Gewerkschaften, ist das drohende Geleise, das smorgen der Regierung Hunger und dem kapitalistischen System überhaupt den Garaus macht. Die Führung dieses Kampfes liegt in der Hand der einzigen revolutionären Partei des Proletariats, der kommunistischen Partei. Diese Partei garantiert den Sieg des Proletariats. Sie schafft die Voraussetzungen zur Errichtung einer Sowjetmacht. Das heißt die Bourgeoisie. Aber alle Bemühungen der Kapitalisten, der proletarischen Revolution zu entgegen, sind vergeblich, denn wir marschieren.

Die Hungerfront ist geschlossen

Prinzipielle Einigkeit für den Reichshaushalt 1930 / Neue Massenbelastungen

Berlin, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Das Reichskabinett ist gestern abend zur endgültigen Beratung über die Finanz- und Steuerfragen für 1930 zusammengetreten. Eine Einigung über die vom nationalsozialistischen Finanzminister Brüning vorgelegten Vorschläge zur Deckung des Zahlungsbudgets der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung wurde in der getragenen Abstimmung noch nicht erzielt. Bekanntlich geben diese Vorschläge dem Reichshaushalt die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ab 1932 einzuführen und die gegen-

Republik haben gewonnen, um die Hungergeleche gegen die Arbeiterklasse unter Dach und Fach zu bringen. Die Arbeiterklasse muß wissen, um dieser reaktionären Front die geschlossene Front des revolutionären Klassenkampfes entgegenzustellen.

Die erste Betriebsratswahl in Sachsen

Ein Erfolg der revolutionären Opposition

Am Freitag den 14. Februar fand in dem Textilbetrieb „Ternag“ in Chemnitz die Betriebsratswahl statt. Der sozialfaschistische Vize fand eine rote Betriebsratskomitee gegenüber. Von den 109 Arbeiterinnen und Arbeiter wählenden Betriebsrat beteiligten sich 80 Prozent an der Wahl. Es wurden Stimmen abgegeben:

Für die revolutionäre Opposition 87
Für die sozialfaschistische Vize 22

Der Betriebsrat wird sich aus drei roten Betriebsräten und zwei sozialdemokratischen zusammensetzen.

Dieser Erfolg der revolutionären Opposition bei der ersten Betriebsratswahl in Sachsen muß die gesamte Arbeiterbewegung anspornen.

Sieg der Opposition bei den Straßenbahnern

Seligenthal, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Die bei der Städtischen Straßenbahn tätigen sächsischen Betriebsratsmitglieder haben mit einem vollen Sieg der roten Vize geendet. Es wurden Stimmen abgegeben für: Vize der roten Betriebsräte 222, Vize der Christlichen 126, weiße Zettel 26.

Die Siege verteilten sich nach diesem Ergebnis: 5 Siege für die Opposition, 3 für die Christlichen. Die Reformisten haben zum Teil weiße Stimmzettel abgegeben, da sie selbst keine Vize aufstellen konnten. Sie solidarisierten sich auf diese Weise mit den Christlichen, mit denen sie ja in allem gegen die Interessen der Straßenbahnern gegangen sind und gehen. Der Erfolg der roten Vize ist um so bemerkenswerter, als die von dem sozialfaschistischen Schneider geleitete Straßenbahnverwaltung im vergangenen Jahr ihr mögliches getan hat, um den Einfluss der Opposition durch Entlassungen und bei Reueinstellungen von Kollegen auszuhalten.

Kampf gegen Rationalisierung und 40prozentigen Löhntariff

In einer von der Opposition einberufenen Versammlung der Arbeiter in Betrieb Kienastahl in Hildener wurde zu den rigiden Maßnahmen der Direktion, die Arbeiter zu einer Mehrleistung zu zwingen und gleichzeitig die Löhntariffe zu kürzen, Stellung genommen. Die Versammlung zeigte den Kampfwillen der Belegschaft. Sie erklärte sich bereit, unter oppositioneller Führung den Kampf aufzunehmen und sofort die Verbindung mit den Belegschaften der übrigen Betriebe der Bergbau- und Stahlwerke herzustellen. Es wurde beschlossen, sofort revolutionäre Betriebsratstrustensleute zu wählen, aus denen eine Kampfleitung gebildet werden soll.

Die Öffnung des Textkapitals muß mit aller Schärfe, mit entsprechenden Kampfmaßnahmen beantwortet werden. Nur der Zusammenbruch der Betriebsbelegschaften zum Kampf unter oppositioneller Führung gewährleistet eine erfolgreiche Kampfverführung.

Auch Schmiedler verbletet die „Antifa“

Unter Bruderhant, die Hamburger Volkszeitung, veröffentlicht ein Dokument des Hamburger Polizeipräsidenten vom 21. November 1929, woraus hervorgeht, daß der Polizeipräsident, Sozialistischer Schlichter, die Antifaschistischen Jungen Garden ebenfalls als eine unmittelbare Fortsetzung des Roten Kampfbündnisses, der Roten Marine und der Roten Kampffront bezeichnet und die Polizeistellen angewiesen werden, Teilnehmer an Demonstrationen, die Absichten der Antifaschistischen Jungen Garden tragen, in die nächste Polizeiwache zu bringen, unter Verhaftung der Staatspolizei, die das Weiter zu veranlassen hat.“

Desgleichen wird in diesem Dokument angeordnet, daß Versammlungen der Antifa, der Roten Kampffront und des Norddeutschen Arbeiterbundes verboten sind und gegen Teilnehmer an diesen Versammlungen ist in gleicher Weise vorzugehen.

Durch diese Verordnungen sind in Hamburg die Antifaschistischen Jungen Garden gleichfalls zu illegalen Organisationen geworden. Doch die Arbeiter werden diese illegale Verordnungen, die die Angst und die Hilflosigkeit der Polizei und des Staatsapparates deutlich zeigt nicht beachten und weiterhin Arbeit trotz Terror und Verbot für die Organisation der revolutionären Bewegung leisten.

ABV-Amtsleiter Schirch vor dem D I P inarhof

In der Dienststrafsache gegen den Amtshauptmann Kurt Schirch in Grollberg im Erzgebirge teilt der Disziplinarhof mit, daß gegen den vorgenannten Angeklagten am Sonntag den 15. März 1930 vormittags 9 Uhr Termin zur Hauptverhandlung ansteht. Wir werden über diese Verhandlung berichten.

Eisenbahneropposition

Morgen Mittwoch, 17 Uhr, im Brandenburger Hof wichtige Sitzung. Alle Genossen müssen erscheinen.

Arbeiter, was fordert und was erkämpft ihr?

- 30 Prozent Lohnabbau fordern die Textilunternehmer
 - 10 Prozent Lohnabbau verlangen die Steinindustriellen
 - 15 Prozent Dividende verteilt die Leipziger Verchrobant-AG an ihre Aktionäre
 - 12 Prozent Dividende fließt die Leipziger Baumwollspinnerei ihren Aktionären in die Taschen
 - 11 Prozent Dividende bringt die Sächsische Bank zu Dresden zur Verteilung.
 - 15 Pfennig Lohnerhöhung
 - 7-Stunden-Tag und 48-Stunden-Woche unter Lohnausgleich ist die Forderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition!
- Wählt zur Führung eures Kampfes

revolutionäre Vertrauensleute und nur rote Betriebsräte!

mäßigen Finanzschwierigkeiten durch den Verkauf von 100 Millionen Reichsbahnanleihen zu überwinden. Gemeint ist die Reichsanstalt weitgehend verfallend zu werden. Damit wird der entscheidende Schritt zum planmäßigen Abbau der Arbeitslosenversicherung getan. Zwecklos werden diese reaktionären Pläne mit Zustimmung der sozialdemokratischen Koalitionsminister in nächster Zeit Wirklichkeit werden.

Die für Mittwoch angelegte Auflösung des Reichstages wurde abgelehnt, da die Ausschüsse ihre Beratungen bis dahin noch nicht beendet haben. Die nächste Auflösung wird vom Reichstagen bestimmt werden. Entweder am Freitag oder erst am Sonntag nächster Woche wird die Auflösung stattfinden.

Gleichzeitig mit den Beratungen des Reichskabinetts und der Ausschüsse des Reichstages tagt auch der Bundesrat des ABV und berät ebenfalls die Finanz- und Steuerfragen. Seine Vorschläge gehen hauptsächlich auf eine nochmalige Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung hinaus. Außerdem will der ABV eine weitere Erhöhung der Versicherungsbeiträge vorschlagen. Auch die sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten haben ihre Beratungen gestern noch nicht beendet. Man sieht, alle reaktionären Mächte der kapitalistischen

Macdonald windet sich

Zurückweisung vor der Massenempörung — Vergebliches Manöver

London, 18. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der englische Ministerpräsident Macdonald ist aus der Unabhängigen Arbeiterpartei ausgestiegen. Er hat der für ihn zuständigen Gruppe der IWP mitgeteilt, daß er nicht beabsichtigt, seine Mitgliedsbeiträge weiter zu zahlen.

Auch Regierungskrise in Thüringen

Der nationalsozialistische Volksminister Thüringens hat einen nationalsozialistischen Oberstudiendirektor zur Disposition gestellt und die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt, weil der Oberstudiendirektor den nationalsozialistischen Schülern einige Schwierigkeiten in ihrer demagogischen Schulorganisation bereitere. Die Deutsche Volkspartei drohte mit dem Regierungsantritt, jetzt wird jedoch mit den Nazis darüber verhandelt, wie diese Wählerregelung des nationalsozialistischen Beamten liquidiert werden kann. Social geht jedenfalls fest, daß die Deutsche Volkspartei ebenso wie in Sachsen auch in Thüringen die Nationalsozialisten zwingen wird, der Bourgeoisie zu dienen.